

# Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 14. Dezember 1963

Blatt 2992

## Die Radiorede des Bürgermeisters

=====

14. Dezember (RK) Morgen, Sonntag, spricht Bürgermeister Jonas um 19.45 Uhr im Ersten Programm von Radio Wien in der Sendereihe "Wiener Probleme" über die Benachteiligung Wiens bei den Bundesstraßen.

- - -

## Vorbereitungen für "Wien um 1900"

=====

14. Dezember (RK) Die Vorbereitungen für die Ausstellung "Wien um 1900", die zu einem zentralen Ereignis der Festwochen 1964 werden soll, werden von der wissenschaftlichen Leitung dieser Exposition gemeinsam mit dem Kulturamt der Stadt Wien getroffen. Diese Leitung setzt sich aus dem Direktor der Österreichischen Galerie, Univ.-Prof. Dr. Fritz Novotny, sowie dem Direktor der Museen der Stadt Wien, Dr. Franz Glück, dem Direktor der graphischen Sammlungen Albertina, Dr. Walter Koschatzky, sowie dem Direktor des Museums für angewandte Kunst, Dr. Viktor Griesmaier, zusammen.

Zur Zeit konnten bereits von nahezu 60 internationalen Leihgebern Zusagen entgegengenommen werden. Zahlreiche Anbote von Wiener Familien, die wertvolle Bilder aus der Zeit um die Jahrhundertwende für die Ausstellung zur Verfügung stellen wollen, werden noch behandelt.

./.

Die Ausstellung "Wien um 1900" wird wegen ihrer Vielfalt nicht in einem Hause untergebracht, sondern auf drei benachbarte Orte aufgeteilt. In der erneuerten Secession werden unter dem Motto "Malerei und Plastik" Ölgemälde und Skulpturen ausgestellt. Im Historischen Museum der Stadt Wien erwarten Plakate und Buchillustrationen unter dem Motto "Graphik, Buch, Plakat" die Besucher. Im Wiener Künstlerhaus sind unter dem Titel "Aquarell, Zeichnung" Handzeichnungen und Bilder aus dem Besitz der Albertina untergebracht. Im gleichen Hause findet auch die Ausstellung "Kunstgewerbe", worunter vor allem die Exponate des Österreichischen Museums für angewandte Kunst zu verstehen sind, ihr Domizil.

Mit dieser im Gebiet des Karlsplatzes konzentrierten Großausstellung "Wien um 1900" setzt die Stadtverwaltung jene Expositionsreihe fort, die 1958 mit der Van Gogh-Ausstellung begann und in den Folgejahren das Oeuvre von Edvard Munch, Paul Gauguin, Paul Cézanne und Ferdinand Hodler der Wiener Bevölkerung nahebrachten. Diesmal werden neben der Malerei auch Schöpfungen von Graphikern, Bildhauern und Kunstgewerblern gezeigt, um damit ein umfassendes Resumée jener Epoche zu geben.

- - -

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:Öffentliche Einrichtungen  
=====

14. Dezember (RK) Am achten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe VIII (Öffentliche Einrichtungen) behandelt. Das Referat erstattete Stadtrat Franz Koci (SPÖ). Er führte aus:

"In den Ansätzen des Budgets zum achten Hauptstück sind die Ausgaben um 223 Prozent höher als die Einnahmen. Für die Öffentlichen Einrichtungen werden 810,546.700 Schilling ausgegeben und Einnahmen in einer Höhe von 364,665.900 Schilling erwartet.

Der Gebarungsabgang für die als Betrieb organisierten sowie betriebsmäßig geführten Abteilungen, wie Kanalisation, Wasserwerke, Bäder, Wäschereien, die Stadtreinigung und Fuhrpark ergibt sich mit 445,880.800 Schilling und wird demnach mit 6,326.700 Schilling nur um ein Prozent höher sein, als im Jahre 1963; dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß für die erste Müllverbrennungsanlage nur mehr eine Restzahlung von 11,5 Millionen Schilling erforderlich ist.

Aus dieser Gegenüberstellung sehen Sie deutlich, wie immer wieder die allgemein aufgebrauchten Steuergelder für lebensnotwendige Einrichtungen einer Großstadt verwendet werden müssen, da keine einzige Betriebsabteilung ihre Einnahmen durch Gebühren oder Entgelte auf der Basis der Selbstkostenerrechnung einnehmen kann. 281,275.200 Schilling werden allein für den Personalaufwand benötigt und 301,421.000 Schilling sind für den Sachaufwand der Öffentlichen Einrichtungen vorgesehen.

Der Ausweis über bauliche Investitionen und sonstige bauliche Herstellungen sowie Inventaranschaffungen weist 209,749.500 Schilling auf. Von diesen Investitionen sind allein für Kanalisation 44,3 Millionen, für die Wasserwerke 85,8 Millionen, für die Bäder 36 Millionen, für die Wäschereien 7,5 Millionen und für die Stadtreinigung und den Fuhrpark 35,8 Millionen Schilling vorgesehen.

Kanäle

Die Kanalisation rechnet mit 95,006.700 Schilling Ausgaben. Demgegenüber stehen Einnahmen an Kanalbenützungs- und Senkgrubenräumungsgebühren sowie sonstige Einnahmen in der Höhe von 62,890.600 Schilling.

Allein für die Erhaltungsarbeiten am Kanalnetz, den Umbau sowie für größere Instandsetzungen sind 17 Millionen Schilling vorgesehen.

Da Stadtrat Dr. Glück in seinem Bericht sowie einige Diskussionsredner über die Rattenplage und Rattenbekämpfung gesprochen haben, möchte ich nur meinen Antwortbrief vom 2. August 1963 auf ein Schreiben des Stadtrates Dr. Glück verlesen:

'Die Rattenbekämpfung in den Straßenkanälen erfolgt fortlaufend mit Giftgaspatronen. Der Jahresverbrauch beläuft sich im Durchschnitt auf 1.000 Stück bei einer maximalen Gasentwicklung von 120 Liter Gas je Patrone. Ein wesentlich höherer Rattenbefall in den Kanälen konnte in den letzten Jahren nicht festgestellt werden. Es ist dagegen erhoben worden, daß durch den allgemein gehobenen Lebensstandard wesentlich mehr Lebensmittelabfälle durch die Bevölkerung nicht nur in den hierfür vorgesehenen Behältern, sondern in unqualifizierbarer Weise in den Höfen und Kellern weggelegt werden. Auch das in den Kellern gelagerte Gerümpel und Gemüse dient den Ratten als willkommene Brutstätte und Nahrung. Die Erfahrung der zuständigen Abteilung geht dahin, daß der Rattenbefall in den Häusern viel mehr auf die genannten Umstände zurückzuführen ist, als auf die Kanäle, bei denen ja nur in den Ziegelkanälen (die zehn Prozent des ganzen Kanalnetzes betragen), Nistmöglichkeiten bestehen. Für den Umbau der Hauskanäle von Ziegel auf Steinzeugrohre besteht leider keine gesetzliche Handhabe zur Verpflichtung der Hauseigentümer. Ihr Hinweis, daß insbesondere die Stadtteile in der Nähe des Donaukanales, des Donaustromes und des Wienflusses stark unter Ratten leiden, zeigt ja auch, daß nicht sosehr die Kanäle, als die Ufer der genannten Gewässer als Nistplätze der Ratten in Frage kommen. Eine Bekämpfung der Ratten in den Hauskanälen kann von der Magistratsabteilung 30 (Kanalisation) nicht durchgeführt werden, da sich die Innung der Schädlingsbekämpfer dagegen ausgesprochen hat, mit der Begründung, daß innerhalb der Häuser die Rattenbekämpfung Angelegenheit ihrer Mitglieder ist. Eine Einschaltung von Schädlingsbekämpfern zur Rattenbekämpfung im Straßenkanalnetz muß wegen der damit verbundenen Gefahren für Leben und Gesundheit der unerfahrenen Arbeiter der Schädlingsbekämpfer seitens der zuständigen Abteilung abgelehnt werden. Außerdem kommt eine Köderauslegung in den Straßenkanälen nicht in Frage, weil die Köder sofort abgeschwemmt werden.

Die Rattenbekämpfung mit Giftgas in den Hauskanälen ist wegen der Gefahr für Menschen und Haustiere unangebracht. Während die Be-

kämpfung der Ratten in den Straßenkanälen mit den seit Jahren verwendeten Giftgaspatronen erfolgreich war, scheint die Methode der Föderauslegung bei der Bekämpfung in den Häusern nur sehr beschränkten Erfolg zu haben.'

Ich glaube, aus diesem Schreiben ersehen Sie, daß es weder Kompetenzschwierigkeiten gibt, noch daß sich die eine oder andere Abteilung ihrer Verantwortung entziehen will.

Für die Kanalbauten größeren Umfanges sind 39 Millionen Schilling notwendig. Die Kanalisierungsarbeiten in der Großfeldsiedlung und in der Nordrandsiedlung im 21. Bezirk sowie im Industriegebiet Liesing und in Hadersdorf-Weidlingau werden fortgesetzt.

Umfangreiche Arbeiten am Kanalnetz sind 1964 im Zusammenhang mit der Errichtung von Verkehrsbauwerken notwendig: 4,5 Millionen Schilling für die Unterfahrung Getreidemarkt und 4,6 Millionen Schilling für die Tiefführung der Straßenbahn am Matzleinsdorfer Platz.

Für die Erhaltung der Kanalisationsanlagen im laufenden Jahr wurden mehr als 16 Millionen Schilling aufgewendet. 35,2 Millionen Schilling waren für umfangreiche Arbeiten im heurigen Jahr notwendig. Besonders in den Siedlungsgebieten konnten wesentliche Fortschritte erzielt werden. Hier sei vor allem noch erwähnt, daß für die Erschließung des Industriegebietes Liesing beträchtliche Beträge aufgewendet werden mußten. In den letzten beiden Jahren sind 3,8 Millionen Schilling für die Kanalisierung dieses Gebietes investiert worden. Diese Summe wird sich im kommenden Jahr noch um 1,2 Millionen Schilling erhöhen.

#### Wasser

Für die Wasserwerke sind Einnahmen in der Höhe von 148,414.500 Schilling und Ausgaben von 312,847.000 Schilling veranschlagt. Der Gebarungsabgang beträgt demnach 164,432.500 Schilling.

Der Personalaufwand wird 56,110.600 Schilling, der Sachaufwand rund 156 Millionen Schilling und die Investitionen 85,8 Millionen Schilling betragen.

In der Verwaltung der Wasserwerke stehen die I. und II. Hochquellenleitung mit einer 319 Kilometer langen Leitungsstrecke, die Schöpfwerke in Matzendorf und Pottschach, die Wientalwasserleitung mit ihrem 94 Kilometer langen Wientalrohrnetz, die Wasserkraftwerke in Naßwald, Hirschwang und Kaiserbrunn, sechs Wasserkraftwerke und vier Quellenhebwerke in Wildalpen, der Speicher in Neu-

siedl am Steinfeld mit einem Fassungsraum von 600.000 Kubikmeter, die 29 Hochquellen- und ein Wientalwasserbehälter mit einem Gesamtfassungsraum von 550.190 Kubikmeter, fünf Wasserkraftwerke, zwölf Hebewerke, fünf Drucksteigerungswerke, zehn Grundwasserwerke, zwei Spitzendeckungswerke und das 2.300 Kilometer lange öffentliche Rohrnetz in Wien. Die Zahl der Wasseranschlüsse beträgt rund 83.000.

Dazu kommt noch der 22.680 Hektar große Grundbesitz, welcher zum Schutz der Quellengebiete von den Wasserwerken erworben wurde.

Bis zum Oktober 1963 wurde eine Wassermenge von 142,550.600 Kubikmeter gewonnen, das sind im Durchschnitt 468.458 Kubikmeter pro Tag.

Durch Steigerung der Wasserlieferung innerhalb der letzten zehn Jahre, und zwar durch neue Quellfassungen, durch den Ausbau der Grundwasserwerke in Wien und Erschließung neuer Brunnenfelder in den Quellgebieten, ist eine krisenfeste Wassermenge im Durchschnitt von 130.000 Kubikmeter pro Tag - das ist mehr als uns die I. Hochquellenleitung anliefern kann - zusätzlich erschlossen worden.

Es wurden mehr als 300 Millionen Schilling für diese zusätzlichen Neuerschließungen in den letzten zehn Jahren ausgegeben.

Der Wasserverbrauch für Wien steigt - wie auch in allen anderen Großstädten - um jährlich durchschnittlich drei Prozent. Das ist hauptsächlich eine Folge der Wohnbautätigkeit. Aber auch zahlreiche Mieter von Altwohnungen hatten durch günstige Kreditaktionen die Möglichkeit, ihre Wohnungen mit besseren Wasch-, Bade- und sanitären Anlagen auszugestalten. Bei annähernd gleicher Bevölkerungszahl betrug in Wien der Jahresverbrauch 1931: 101 Millionen Kubikmeter Wasser, 1937 (als Folge der Wirtschaftskrise): nur 84 Millionen Kubikmeter, 1962 dagegen bereits 160 Millionen Kubikmeter.

Bis Oktober 1963 wurden in Wien 138,857.530 Kubikmeter Wasser verbraucht. Das sind im Durchschnitt gerechnet 456.524 Kubikmeter pro Tag, oder 295 Liter pro Kopf und Tag. Hierzu ist zu sagen, daß der höchste Verbrauch am 22. Juli mit einer Menge von 592.500 Kubikmeter oder 382 Liter pro Kopf gemessen wurde.

Bis 31. Oktober dieses Jahres ergab sich an 145 Tagen ein Tagesverbrauch von mehr als 300 Liter pro Einwohner.

Der Kopfliterverbrauch wird oft bemängelt, weil man der Meinung ist, es wäre ganz ausgeschlossen, daß der Einzelne 280 oder 300 und mehr Liter Wasser täglich verbrauchen kann.

Ich möchte daher neuerlich auf die Gliederung hinweisen, wie sich der Wasserverbrauch in Liter pro Einwohnerzahl unserer Stadt zusammensetzt: Als Jahresdurchschnitt für das Jahr 1962 wurden rund 280 Liter pro Kopf und Tag ermittelt. Für 1963 ist wie schon erwähnt, der Verbrauch bereits auf 295 Liter gestiegen. Diese 280 Liter setzen sich aus folgenden Verbrauchern zusammen: 90 Liter für Industrie und Gewerbe, das sind 32 Prozent.

Diese Verbrauchsmenge muß wieder unterteilt werden:

45 Liter für das Lebensmittelgewerbe und die Lebensmittelindustrie und

45 Liter für die sonstige Industrie. Hiezu muß ich bemerken, daß sich die Industrie außerdem zu 70 Prozent aus eigenen Brunnenanlagen selbst versorgt und täglich rund 300.000 Kubikmeter Wasser für Produktionszwecke zusätzlich fördert. Das entspräche umgerechnet auf die Wiener Bevölkerung nahezu 200 Liter pro Kopf.

50 Liter für öffentliche Zwecke, das ist der Bedarf sämtlicher öffentlicher Anstalten, wie Kranken- und Wohlfahrtsanstalten, Bäder, Schulen, Wäschereien und anderes mehr, das sind 18 Prozent. Wenn man also diese 140 Liter von den 280 abzieht, so bleiben nur mehr 50 Prozent pro Kopf. Hier müssen wieder berücksichtigt werden, daß das Kleingewerbe wie Friseure, Fleischhauer, Gastwirte usw. täglich mindestens 20 Liter pro Kopf benötigen.

Es verbleiben somit 120 Liter als Tagesverbrauch pro Einwohner, das sind 43 Prozent jener Tagesmenge, die im vergangenen Jahr an Wasser durchschnittlich der Wiener Bevölkerung pro Kopf zugeführt wurden.

Als Beispiel dient die Zentralwäscherei der Stadt Wien: Zum Waschen von ein Kilogramm Wäsche werden 50 Liter Wasser benötigt. Diese Menge ist eher gering als zu hoch angenommen.

Die Zentralwäscherei hat jedoch eine Tagesleistung von 17.000 Kilogramm Wäsche und braucht demnach mindestens 850.000 Liter Wasser täglich. Wieviel private Wäschereien gibt es?

Aus diesem Beispiel ist zu ersehen, daß die Angaben von 280 Liter pro Kopf Berechtigung haben, denn es kann niemand sagen, daß der Tagesbedarf der Krankenanstalten, Wohlfahrtsbetriebe und der Lebensmittelindustrie nicht für die Wiener Bevölkerung verbraucht wird.

Diese Erklärung macht verständlich, wieso diese hohe Kopfliterzahl zustande kommt.

Ich möchte noch erwähnen, daß vom 7. August bis 3. September die Kundmachung über Maßnahmen zur Einschränkung des Wasserverbrauches in Geltung war. Durch die zu diesem Zeitpunkt eingetretene Änderung der hochsommerlichen Wetterlage, war die Ergiebigkeit der Quellzuflüsse wieder größer. Damit konnten die Sparmaßnahmen aufgehoben werden.

Für die bewiesene Disziplin der Wiener Bevölkerung danke ich und bitte gleichzeitig, dieses einsichtsvolle Verhalten wieder an den Tag zu legen, wenn neuerliche Engpässe in der Wasserversorgung entstehen sollten, wie dies durch eine plötzliche Abkehr an der II. Hochquellenleitung am 8. und 9. November notwendig geworden ist. Es machten dringende Arbeiten an der Leitungstrasse der II. Hochquellenleitung eine Sperre des Zuflusses nach Wien auf 46 Stunden notwendig. Demnach sind rund 460.000 Kubikmeter bis zum Einlangen des Wassers in den Wiener Behältern ausgeblieben und mußten aus der Reserve der Wiener Behälter und des Behälters Neusiedl zugesetzt werden.

Die geringen Niederschläge der letzten Wochen und das fortschreitende Sinken der Temperaturen im Quellgebiet machten es nur langsam möglich, wieder eine bestimmte Reserve in den Behältern zu schaffen, um in den Leitungsrohren die entsprechenden Druckverhältnisse zu erreichen. Daher wurde auch in diesem Fall die Bevölkerung gebeten, Wasser nicht unnütz zu vergeuden. In den gemeindeeigenen Betrieben, wie den städtischen Bädern, wurden die Wannensäler vorläufig geschlossen; für die Straßenbesprengung wurde Nutzwasser herangezogen.

Der Referent schilderte dann die Bemühungen der Stadt Wien, Wasserrechte zu sichern. So wurde im Oktober dieses Jahres zur Fassung und Einleitung der Sieben-Quellen im Karlgraben - im Schneealpengebiet in der Steiermark - in die I. Hochquellenleitung das wasserrechtliche Verfahren eingeleitet.

In Weichselboden wird ein Kraftwerk errichtet, um das Wasser aus der im Vorjahr erworbenen Pirknerquelle in den Leitungstollen der II. Hochquellenleitung heben zu können. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die Gemeinde Mariazell ein Projekt verfolgt hat, um bei der Bresceni-Klause an der Salza ein Kraftwerk zur Versorgung der in diesem Tal gelegenen Gemeinden mit Strom zu errichten. Da dieses Projekt durch einen geplanten Schwellbetrieb bei diesem Kraftwerk die Wasserversorgung der Stadt Wien aus der unteren Kläfferquelle gefährdet hätte, errichtet die Gemeinde Wien - wie bereits auch in vielen anderen Gemeinden - dieses kleine Kraftwerk in Weichselboden und verhindert damit die Störung unserer Wasserversorgung an der II. Hochquellenleitung. Wir übernehmen damit die Verpflichtung, die in Frage kommenden Gemeinden mit Strom zu versorgen.

Für 1964 sind neben den 55 Millionen Schilling für die im Betrieb notwendigen Instandhaltungs-, Erneuerungs- sowie Erweiterungsarbeiten noch 82 Millionen Schilling für bauliche Herstellungen in Aussicht genommen.

Im Fassungsgebiet der III. Wiener Wasserleitung wurde heuer mit den beiden Horizontalfilterbrunnen in Moosbrunn und dem Brunnen bei Ebreichsdorf, der von der Obersten Wasserrechtsbehörde vorgeschriebene Großpumpversuch durchgeführt und die Entnahmemenge schließlich auf je 400 Liter pro Sekunde, das sind 35.000 Kubikmeter pro Brunnen, gesteigert. Gleichzeitig wurden in dem umfangreichen Sondennetz fortlaufend Spiegelstandsmessungen vorgenommen, diese graphisch aufgetragen und dem Ministerium übergeben, wo die Auswertung der Meßdaten durch den Amtssachverständigen erfolgt. Aus dem Ergebnis dieser Auswertung wird man feststellen können, welche Entnahmemengen man aus dem Brunnen in den verschiedenen Jahreszeiten gestatten kann, ohne dadurch in der Umgebung eine Beeinträchtigung der Kulturen und Hausbrunnen herbeizuführen.

Bis zu diesem Zeitpunkt hat die Gemeinde bereits 23 Millionen Schilling in dieses Vorhaben investiert. Für den Ausbau im Jahre 1964 sind weitere vier Millionen Schilling veranschlagt. Diese Pumpversuche wurden bis zum 4. November durchgeführt.

Über Antrag der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer wurde für den 4. November von der Obersten Wasserrechtsbehörde eine wasserrechtliche Verhandlung angesetzt, welche die gänzliche Einstellung des Ebreichsdorfer Brunnens anordnete. Dagegen werden die Untersuchungen und die Pumpversuche bei den zwei Brunnen in Moosbrunn weitergeführt.

Am 3. Dezember wurde durch Kundmachung der Obersten Wasserrechtsbehörde für die Errichtung des Grundwasserwerkes in der Unteren Lobau eine Wasserrechtsverhandlung abgehalten. Der Bescheid über diese Verhandlung ist noch ausständig. Es wurde jedoch bei der Verhandlung abschließend zum Ausdruck gebracht, daß die grundsätzliche Zustimmung für die Errichtung dieses Grundwasserwerkes gegeben werden kann.

Bei der Verhandlung ist man auf Grund der Meßergebnisse zu der Überzeugung gekommen, daß es nach den Erfahrungen der heutigen Grundwasserforschung zweckmäßiger ist, keine bestimmte Entnahmemenge festzulegen, sondern auf Grund der bisherigen Beweisergebnisse die Entnahme nach dem Stand des Grundwasserspiegels festzusetzen.

Nach dieser Entscheidung denken wir nun daran, einen dritten und wenn notwendig einen vierten Brunnen zu errichten, um damit die maximal mögliche Wassermenge entnehmen zu können.

Nachdem bei der Erstellung des Voranschlages für 1964 noch nicht bekannt war, zu welchem Zeitpunkt die Genehmigung erteilt werden wird, habe ich die Ermächtigung vom Finanzreferenten, auf Grund des vorliegenden Finanz- und Zeitplanes die Erklärung abzugeben, daß zu diesen im Voranschlag vorgesehenen 20 Millionen Schilling der Betrag, welcher für den raschesten Ausbau dieses Werkes erforderlich ist, zusätzlich genehmigt wird. Vorausgesetzt, daß die Bauwirtschaft imstande ist, den Arbeitsfortschritt so zu beschleunigen, wie es unseren Wünschen entspräche. An den finanziellen Mitteln soll und darf es nicht scheitern. Die notwendigen Ausschreibungen für die Arbeitsvergebungen werden sofort eingeleitet, um so bald es die Jahreszeit erlaubt, mit der raschesten und damit zugleich der wirtschaftlichsten Baudurchführung zu beginnen.

Es ist ja bekannt, daß der Wiener Gemeinderat am 30. Juni 1961 die grundsätzliche Genehmigung zum Ausbau des Grundwasserwerkes Untere Lobau in der Höhe von 140 Millionen Schilling beschlossen hat. Bisher wurden für dieses Projekt 44 Millionen Schilling aufgewendet, und zwar für die Errichtung der beiden Horizontalfilterbrunnen mit den dazugehörigen Pumpenhäusern sowie die Verlegung der beiden Rohrleitungen für den Pumpversuch in einer Länge von 1.800 Meter.

Dazu kommt, daß einer der wichtigsten Transportrohrstränge für diesen Zweck, zwischen Behälter Hungerberg und Breitensee, dessen Gesamtlänge 5.950 Meter beträgt, bis zum heurigen Jahresende zu 80 Prozent fertiggestellt sein wird. Die Kosten betragen zehn Millionen Schilling.

Einen weiteren Teil, der für die künftige Verteilung erforderlichen Transportrohrstränge, stellte der 1.450 Meter lange Rohrstrang im Durchmesser von 800 Millimeter in der Wagramer Straße bis zur Magdeburger Straße dar. Er wurde heuer durch Verlegung des letzten Teilstückes von 1.050 Meter mit einem Kostenaufwand von 4,7 Millionen Schilling fertiggestellt.

Zur besseren Verteilung der künftigen größeren Wassermengen auf beiden Donaufern wurde über die Reichsbrücke ein zusätzlicher Rohrstrang im Durchmesser von 600 Millimeter mit einem Kostenaufwand von rund vier Millionen Schilling fertiggestellt.

Der Voranschlag sieht zum Ausbau des Wasserrohrnetzes 15 Millionen Schilling vor, wobei einer der wichtigsten Transportrohrstränge Wiens in der Grünbergstraße zur Vollendung gelangen wird.

7,5 Millionen Schilling sind für den Ausbau des Versorgungsnetzes in den Siedlungsgebieten, wie Nordrand- und Großfeldsiedlung, vorgesehen.

Zur Versorgung der in zunehmender Verbauung begriffenen Gebiete im Hügelland des Stadtgebietes werden Hebewerke und Behälter gebaut, wie in Mauer am Georgenberg, das Hebewerk Hackenberg und Hungerberg, der Behälter Michaelerberg und der Standrohrbehälter Schafberg.

Im Zusammenhang mit den Verkehrsbauten Getreidemarkt sind 4,5 Millionen Schilling und für den Matzleinsdorfer Platz 2,8 Millionen Schilling für umfangreiche Leitungserneuerungen und neue Trassen erforderlich.

Der Versuchsbrunnen in der Schwarzlackenuau hat leider nicht zu dem erhofften Erfolg geführt, da die Qualität des Wassers nicht entsprach, konnte es als Trinkwasser nicht herangezogen werden und wird in Zukunft als Nutzwasser verwendet.

Wientalwasserwerk: Noch vor einigen Jahren, beim Ankauf dieses Werkes, konnten lediglich 3.000 Kubikmeter Wasser pro Tag dem Verbraucher zugeführt werden. Dagegen liefert nach entsprechendem Ausbau das Wientalwasserwerk heute eine Menge von 24.000 Kubikmeter einwandfreies Wasser pro Tag. Die Abteilung hat heuer die notwendigen Baggerungsarbeiten durchgeführt und damit ein größeres Speichervolumen des Sees erreicht. Gleichzeitig werden auch bauliche Maßnahmen zum Hochwasserschutz am Absperrdamm des Wienerwaldsees durchgeführt.

Ebenso wurde der See bei diesem niederen Wasserstand ausgefischt, wobei ein Ergebnis von 1300 Kilogramm Fischen, 50 Prozent Hechte und 50 Prozent Karpfen erzielt wurde. Nach Auffüllen des Sees werden wieder die notwendigen Setzlinge eingebracht, um ein gutes Fischwasser zu erreichen.

#### Bäder

Die Bäder zeigen die geringsten Einnahmen des achten Hauptstückes, nämlich 19,677.300 Schilling. Aber im Verhältnis dazu um 350 Prozent höhere Ausgaben: 85,188.300 Schilling.

Das ergibt einen Gebarungsabgang von 65,511.000 Schilling, der aus allgemeinen Steuermitteln gedeckt werden muß. Der Personalaufwand beträgt 26,393.600 Schilling, der Sachaufwand 22,523.700 und die Investitionen 36,270.000 Schilling.

Der große Betriebsabgang findet seine Erklärung in den seit dem Jahre 1951 unverändert gebliebenen Preisen und den inzwischen eingetretenen beträchtlichen Erhöhungen des Personal- und Sachaufwandes. Heute ist es bereits so, daß zum Teil das von den Bäderbesuchern freiwillig gegebene Trinkgeld höher ist, als zum Beispiel der Badepreis für ein Brausebad zweiter Klasse, der nämlich einen Schilling beträgt. Eine Nachziehung der Tarife erscheint als im höchsten Maße gerechtfertigt.

Von Jahr zu Jahr werden aber auch die Schwierigkeiten größer, genügend, und für den Dienst in den Bädern geeignetes Saisonpersonal zu bekommen.

Im laufenden Betriebsjahr standen 66 Bäder, und zwar 22 Warmbäder, drei Warm- und Sommerbäder, elf Sommerbäder und 30 Kinderfreibäder in Betrieb. Die Sommerbäder wurden am 10. Mai eröffnet und blieben bis 15. September in Betrieb. Das Strandbad

"Alte Donau" sogar bis zum 29. September. Damit wurde wieder dem Wunsche der Bevölkerung auf Verlängerung der Badesaison Rechnung getragen.

Die Kinderfreibäder standen vom 4. Juni bis 31. August offen. Leider ist auch heuer wieder die Besucherfrequenz in den städtischen Bädern gesunken. In den Warmbädern waren um 315.296 Besucher weniger als im Vorjahr, nämlich 3.636.793. Das gute Sommerwetter dagegen nützte 1.570.209 Badgäste, das sind um 119.033 mehr als im Vorjahr. Dagegen kam es bei den Kinderfreibädern zu einem geringeren Besuch. 554.342 Kinder, also um 31.191 weniger als 1962.

Zum Rückgang in den Warmbädern ist zu bemerken, daß zu dem ständigen Besucherrückgang auch die im Winter notwendig gewordenen Wassersparmaßnahmen, die innerhalb der Betriebe der Gemeindeverwaltung angeordnet waren, beigetragen haben.

Im Ansatz 1964 sind für die baulichen Herstellungen 33,4 Millionen Schilling vorgesehen. Es sollen die Volksbäder 7. Bezirk Hermannsgasse, 12. Bezirk Ratschkygasse, 15. Bezirk Reithofferplatz und das Warmbad im 21. Bezirk Weiselstraße erneuert werden, damit sie den Anforderungen und Wünschen der heutigen Zeit entsprechen.

Die alten Kinderfreibäder im 11. Bezirk, Hyblerpark und im 14. Bezirk, Reingasse wurden abgerissen und vollkommen neu gebaut. Sie werden 1964 wieder den Kindern dieser Bezirke zur Erholung und Erfrischung dienen. Ebenso fanden größere Erneuerungsarbeiten im Kinderfreibad im 21. Bezirk, in Stammersdorf statt. Der Neubau eines Kinderfreibades im 15. Bezirk, Loeschenkohl-gasse wird 1964 begonnen.

Die Warmbadeanstalten Amalienbad und Jörgerbad werden laufend saniert. Im Theresienbad wurden Instandsetzungs- und Erhaltungsarbeiten an den technischen Einrichtungen vorgenommen. Der Schwimmhallenbau ist so weit gediehen, daß der Hallenrohbau, die Dachdeckung, Verglasung und Kanalisierungsarbeiten fertiggestellt wurden. Im Voranschlag 1964 sind weitere sieben Millionen Schilling vorgesehen. Dieses Projekt wird mit einem Gesamtkostenaufwand von 21,7 Millionen Schilling im kommenden Jahr zum Abschluß gebracht werden.

Der langersehte Wunsch der Meidlinger, nicht nur ein Sommerbad, sondern auch eine gedeckte Schwimmhalle zu besitzen, ist damit erfüllt.

Am 1. Juli konnte, nach den schwierigen Vorarbeiten der Grundfreimachungen, mit dem Bau des Floridsdorfer Warmbades mit Schwimmhalle begonnen werden. Für 1964 sind als zweite Baurate 20 Millionen Schilling vorgesehen.

Der Einbau der Sauna im Liesinger-Bad wird abgeschlossen, Die Sauna wird Anfang 1964 betriebsbereit sein.

In den Sommerbädern fanden heuer Erneuerungs- und Baggerungsarbeiten statt, die auch im kommenden Jahr weitergeführt werden. Dabei ist besonders zu erwähnen, daß im Ottakringer-Bad ein Anschluß an die Fernheizleitung der Müllverbrennungsanlage Flötzersteighergestellt wird, um das Bad mit Warmwasserbrausen auszustatten und an kühleren Tagen das Beckenwasser anzuwärmen.

#### Wäschereien

Für die städtischen Wäschereien werden für 1964 Einnahmen in der Höhe von 26,824.900 Schilling und Ausgaben von 34,324.900 Schilling veranschlagt.

Die städtische Zentralwäscherei im 12. Bezirk hat für den Großteil der städtischen Spitäler, Wohlfahrtsanstalten, Kindergärten, Ämter und Betriebe die Wäschereinigung zu besorgen. Daneben wird diese Wäscherei nach Fertigstellung einer Chemischreinigungs- und Desinfektionsanlage die Chemischreinigung und Desinfektion von Wolldecken durchzuführen haben. Der städtischen Wäscherei "Heimhof" im 15. Bezirk ist neben der Wäsche der Mieter, insbesondere die Wäsche der städtischen Feuerwehr, der Berufsschulen, der Wasserwerke und der Obdachlosenherbergen zur Reinigung zugewiesen.

Erfreulich ist, daß sich die Waschleistung trotz dem Personal-mangel von Jahr zu Jahr steigert. Den Voranschlag für das Jahr 1963 wurde eine jährliche Waschleistung von 5,990.600 Kilogramm Reinwäsche zugrunde gelegt. Das sind rund 160.000 Kilogramm mehr als im Vorjahr. Die tatsächliche Waschleistung dürfte jedoch bis Ende des Jahres 6,200.000 Kilogramm Reinwäsche betragen, um 210.000 Kilogramm mehr als 1962.

Zur Durchführung der notwendigen baulichen Arbeiten für die II. zentrale Großwäscherei im 14. Bezirk, Steinbruchstraße, deren Errichtung vom Gemeinderat bereits grundsätzlich genehmigt wurde, ist als zweite Baurate für das Budgetjahr 1964 ein Betrag von sechs Millionen Schilling vorgesehen.

Für größere maschinelle Investitionen in der Zentralwäscherei sind mehr als eine Million Schilling bereitgestellt, für Verbrauchsmaterialien, wie Waschmittel, Werk- und Hilfsstoffe, 4,8 Millionen Schilling.

#### Stadtreinigung und Fuhrpark

Für die Stadtreinigung und den Fuhrpark weist der Voranschlag 1964 an Einnahmen 106,858.600 Schilling, an Ausgaben 283,179.800 Schilling auf; das zeigt einen Abgang von 176,321.200 Schilling. 35,8 Millionen Schilling sind im kommenden Jahr für Investitionen vorgesehen und 156,236.500 Schilling wird allein der Personalaufwand betragen.

Der im laufenden Budget vorgesehene Personalstand von 2.600 Personen wurde wegen des herrschenden Personalmangels nicht erreicht. Obwohl 38 Bedienstete, die durch den Betrieb der Müllverbrennungsanlage dazugekommen sind, fehlen 145 Personen. 1963 ist die Verminderung der Bedienstetenzahl besonders stark in Erscheinung getreten. Auch der im Voranschlag 1964 mit 2.550 angeführte Personalstand wird vermutlich nicht erreicht werden. Trotz dem Einsatz technischer Mittel und der Anwendung verschiedener Rationalisierungsmaßnahmen wird es immer schwieriger, die Aufgaben der Stadtreinigung, die im Interesse der Hygiene und eines sauberen Stadtbildes notwendig sind, voll zu erfüllen.

Die Heranziehung von privaten Arbeitskräften hat sich bewährt; im Durchschnitt standen bei der Straßenpflege täglich 25, bei der Müllabfuhr 63 und in der Hauptwerkstätte zehn Mann zur Verfügung.

Dank der Bemühungen aller Bediensteten, die im vergangenen strengen Winter im pausenlosen Einsatz bei Tag und Nacht im Glatt-eis- und Schneeräumdienst standen, ist es gelungen, die Stadt Wien vor einer Verkehrskatastrophe großen Ausmaßes zu bewahren. Die Gesamtkosten dieses Wintereinsatzes betrugen 38 Millionen Schilling, wovon auf den Einsatz des Bundesheeres 310.000 Schilling und als Beitrag für die Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe 5,1 Millionen Schilling entfielen.

Der vergangene extrem strenge Winter hat gezeigt, daß viele Maßnahmen organisatorischer oder technischer Art ihren Zweck erfüllten und das andere durch die gewonnenen Erfahrungen verbessert werden konnten. So zeigte sich, daß bei der Glatt-eis-bekämpfung die Verwendung von Auftausalz ein unentbehrliches Hilfsmittel geworden ist. In diesem Winter soll versuchsweise Chlorkalzium, das eine ähnliche Wirkung wie Auftausalz hat, aber die Fahrbahnen weniger angreift, auf Verkehrsflächen mit neuen Betondecken zur Anwendung kommen. Es hat sich aber auch gezeigt, daß die Meldungen über örtliche Glatt-eisbildung und Schneefälle häufig ungenau und nicht rechtzeitig an die Einsatzstelle durchgegeben wurden. Um hier eine Besserung herbeizuführen, werden nun zum erstenmal drei Volkswagen-Transporter mit Fernsprecheinrichtung eingesetzt, die bei kritischen Niederschlagsverhältnissen ständig die Straßen Wiens befahren und die Meldungen über einen notwendigen Einsatz sofort an die Zentrale weitergeben können. Die Besatzungen der mit Sperrdifferenzialen ausgerüsteten Fahrzeuge werden darüber hinaus auch die Streueinsätze kontrollieren und somit zum Beispiel die zusätzliche Verwendung von Geräten veranlassen können. Diese Fahrzeuge haben außerdem die Möglichkeit, auf ihren Ladepritschen Streumaterial mitzuführen, um bei Glatt-eisbildung lokaler Natur sofort eingreifen zu können.

Für die Glatt-eisbekämpfung stehen insgesamt 97 Streufahrzeuge zur Verfügung. 20 davon sind Diesel Karren - um vier mehr als im Vorjahr -, die für das Bestreuen von größeren Kreuzungen eingesetzt werden; die übrigen sind Lastkraftwagen, auf denen elektrische Streuapparate angebracht sind. Erstmals werden auch 17 Privatfahrzeuge mit solchen Einrichtungen versehen.

Die Zahl der Großraumstreuer wurde gegenüber dem Vorjahr um drei vermehrt, an Salzstreu-Anhängern gibt es um elf Stück mehr als im vergangenen Winter.

An Streumaterial sind 24.000 Kubikmeter Streuriesel und 3.900 Tonnen Auftausalz eingelagert. Der Sand zum Bestreuen der Fußgeherübergänge und Straßenkreuzungen wird in insgesamt 1.477 Sandbehältern an den verkehrswichtigen Punkten der Stadt aufbewahrt. Für die Beladung der Streufahrzeuge sind an zahlreichen Stellen Lagerplätze angelegt. Erstmals wird im kommenden Winter auch auf der Höhenstraße ein Streusandsilo zur Verfügung stehen. Der neue, erst kürzlich fertiggestellte Silo aus Stahlbeton steht in der Nähe der Einmündung in die Krapfenwaldgasse und hat ein Fassungsvermögen von 240 Kubikmeter.

Für den Schneeräumungseinsatz stehen 237 Schneepflüge zur Verfügung, 165 davon auf städtischen, und 62 auf privaten Fahrzeugen. Die Pflüge wurden ebenso wie die Trägerfahrzeuge in den vergangenen Monaten in der Hauptwerkstätte vollständig überholt, zum Teil gänzlich erneuert und durch moderne Konstruktionen ersetzt. Die beiden Schneefräsen und die Schneeschleuder werden vor allem bei Schneeverwehungen und besonders großen Schneemengen am Stadtrand zum Einsatz kommen.

Der ständig wachsende Verkehr bereitet der Schneeräumung und Glatteisbekämpfung immer größere Schwierigkeiten. Dabei ist es jedoch weniger der fließende Verkehr, sondern vielmehr die zahlreichen parkenden Fahrzeuge, die die Schneeräumung oft unmöglich machen. Das Schienenstraßen-Parkverbot, das ab 15. Dezember wieder durchgehend, also auch während der Nachtzeit in Kraft tritt, bringt wenigstens in den Schienenstraßen eine Erleichterung für die Schneeräumung.

In erster Linie liegt es aber an den Verkehrsteilnehmern selbst, durch ihr Verhalten und ihre Fahrweise der Schneeräumung behilflich zu sein. Dazu gehört vor allem, daß die Kraftfahrer auch jene Halteverbote beachten, welche das Personal der Stadtreinigung fallweise aufstellt, um die Schneeabfuhr zu ermöglichen. Durch Verständnis und Rücksichtnahme kann jeder einzelne Kraftfahrer dazu beitragen, daß der Einsatz der Magistratsabteilung 48 voll zur Wirkung kommt.

Bedauerlicherweise sind die auf den Straßen abgestellten Fahrzeuge nicht nur ein Hindernis für die Schneeräumung, sondern auch für den Einsatz der Kehrmaschinen und Straßenwaschmaschinen im Sommer. Ihre Verwendung ist in den Innenbezirken mit den größten Schwierigkeiten verbunden. Dort ist der Einsatz von Reinigungsmaschinen sogar auf den Schienenstraßen infolge der ununterbrochenen Ladetätigkeit und der häufigen Mißachtung des Parkverbotes kaum mehr möglich.

Für die Instandhaltung und Beschaffung der Straßenbenennungstafeln wurden im Berichtsjahr 600.000 Schilling aufgewendet. Im Voranschlag 1964 sind dafür 650.000 Schilling vorgesehen. Für die Reinhaltung der Straßen wurde die Zahl der Abfallsammelkörbe auf 6.500 erhöht; im kommenden Jahr werden weitere 300 aufgestellt.

Auf dem Gebiet der Müllabfuhr wurde die Umstellung der 90 Liter-Koloniagefäße auf 110 Liter-Rundtonnen weiter fortgeführt. Die neue Gefäßart hat den Vorteil des größeren Inhaltes und verursacht beim Hantieren weniger Geräusche, da sie mit Gummiringen im Deckel und am Boden ausgestattet ist.

Für die Müllabfuhr standen an Müllgefäßen zur Verfügung: 173.000 Stück mit 90 Liter, 30.000 Stück mit 110 Liter und 54.000 Stück mit 35 Liter Inhalt, das ergibt umgerechnet ein Gefäßvolumen von 20.760 Kubikmeter. Die Abholzeiten für den Müll wurden weiter verkürzt. Immer mehr wird zu einer zweimal wöchentlichen Müllabholung übergegangen.

Eine neue Einrichtung stellt die Anschaffung von 150 Stück Großraumbehältern von 1.100 Liter Inhalt und die dazugehörigen Entladeeinrichtungen dar. Durch diese Großraumbehälter soll eine rationellere Müllabfuhr von jenen Plätzen erreicht werden, an denen ein besonders starker Müllanfall besteht. Hauptsächlich wird dabei an Märkte, Spitäler, große Wohnhausblöcke und Müllabwurfshäute gedacht, aber auch bei Betrieben mit großem Müllanfall wird sich diese Maßnahme als zweckmäßig erweisen.

In der Zeit vom 2. bis 6. Dezember wurde die Aktion der sogenannten Sperrmüll-Sammlung vorerst versuchsweise im 10. Bezirk durchgeführt, und ich kann sagen, daß sie zu einem vollen Erfolg geworden ist.

Die Bevölkerung hat, nachdem sie vorher durch Hausanschlüge von dem Einsammlungstermin verständigt wurde, ausgiebigst von

dieser Aktion Gebrauch gemacht und an den Gehsteigrändern alten Hausrat und Bodenkram verschiedenster Art abgelagert, welcher in 230 Fuhren auf die hierfür vorgesehene Planierung abtransportiert wurde.

Ich kann Ihnen heute mitteilen, daß diese Aktion weitergeführt wird und sich auf alle Wiener Bezirke erstrecken soll.

Zur Ablagerung des Mülls stehen derzeit nur mehr zwei große Ableerplätze, einer im 10., einer im 22. Bezirk und ein kleiner in Niederösterreich in Rannersdorf zur Verfügung.

Im Jahre 1963 wurde die letzte Absiedlung von der Planierung in 22. Bezirk, Bruckhausen, durchgeführt. Sieben Siedler warten nur noch auf die Zuweisung einer Wohnung. Damit hat Bretteldorf als Wohnstätte zu bestehen aufgehört. Seit 1945 wurden von dieser Absiedlung 246 Pachtstellen mit insgesamt 628 Personen betroffen. Die Gemeinde Wien war gezwungen, 7,340.000 Schilling an Barablösen, ohne jeden Rechtstitel, flüssig zu machen und weiter 179 Wohnungen zuzuweisen.

Die erste Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig war dem vereinbarten Termin gemäß im Frühjahr 1963 soweit fertiggestellt, daß nach mehrwöchiger Ausheizung der Öfen die Inbetriebsetzung mit Müll am 13. Mai erfolgen konnte. Die Fertigstellungs- und Ausgestaltungsarbeiten waren am 28. August soweit beendet, daß mit der Abnahme der Anlage begonnen werden konnte.

In einer großen Zahl von Verhandlungen wurde von der Kommission, welche die Abnahme durchführte, die Anlage in allen ihren Einzelheiten besichtigt. Die Bemängelungen wurden in einem Protokoll festgehalten. Die Magistratsabteilung 64 als Genehmigungsbehörde für die Baubewilligung und Betriebsgenehmigung hat in zwei Verhandlungen am 24. und 29. Oktober alle Feststellungen getroffen, die für die Erteilung dieser Genehmigung erforderlich sind. Die Müllverbrennungsanlage läuft seit ihrer Inbetriebnahme im Mai ohne wesentliche Störungen. Einzelne, zu Beginn des Betriebes aufgetretene Belästigungen der Umgebung - wie Lärmentwicklung durch Ausströmen von Dampf - wurden inzwischen behoben. Die Anlage ist nun in Betrieb und ich möchte nicht verhehlen, daß wir noch immer Schwierigkeiten haben, im besonderen durch den Personalmangel.

Die dort Beschäftigten müssen sehr viele Überstunden leisten, da der Betrieb ohne Unterbrechung in drei Schichten geführt werden muß. Das bedeutet, daß viele der in diesem Betrieb Beschäftigten seit Monaten keinen freien Tag haben. Ich hoffe, daß wir diesen noch bestehenden Übelstand beheben können.

Die Anschlußarbeiten für die Spitäler, um die erzeugte Wärmemenge nützen zu können, sind soweit vollendet, daß die Dampflieferung ohne Schwierigkeiten erfolgen kann. Seit Sonntag, dem 8. Dezember, werden alle drei Kessel der Müllverbrennungsanlage in Betrieb gehalten.

Um die bei der Müllverbrennung als Rückstand verbleibende Schlacke einer Verwertung zuzuführen, ist die Errichtung einer Schlackenaufbereitungsanlage geplant. In dieser sollen durch Magnetabscheider die nicht unbeträchtlichen Eisenmengen aus der Schlacke herausgeholt werden und die Schlacke selbst in verschiedenen Körnungen gesiebt und einer Verwendung für Anschüttungen, allenfalls für Bausteinerzeugung und ähnlichem, zugeführt werden.

Und nun zu den Bedürfnisanstalten, deren Betrieb und die Reinigung durch die Firma Beetz vertragsmäßig erfolgt. Da seitens der Bevölkerung berechtigte Beschwerden geführt wurden, hat der Wiener Gemeinderat mit 12. Juli 1963 diesen Vertrag zum Zwecke der besseren und öfteren Reinigung insofern geändert, daß eine Erhöhung der Vergütung an die Firma Beetz beschlossen wurde.

Zur Zeit stehen 118 öffentliche Bedürfnisanstalten und 59 Pissoirs zur Verfügung. Im kommenden Jahr werden infolge von Straßenbauten sowie im Zuge der Erneuerung alter Anlagen neun Bedürfnisanlagen neu errichtet.

Die fahrbare Toilettenanlage war an 137 Tagen des laufenden Jahres eingesetzt und fand an acht verschiedenen Plätzen Aufstellung.

Der Fahrzeugstand des städtischen Fuhrparks hat sich vermehrt, und zwar hauptsächlich durch den erhöhten Bedarf an Müllwagen und Kleinfahrzeugen für die Straßenreinigung.

Der Wohlstand der Wiener drückt sich auch darin aus, daß von öffentlichen Verkehrsflächen bis zum Oktober 38 liegengeliebene Fahrzeuge und Wracks abgeschleppt und sichergestellt werden mußten.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Debatte über Öffentliche Einrichtungen  
=====

14. Dezember (RK) In der Spezialdebatte ergreift als erster GR. Dkfm. Dr. Ebert (ÖVP) das Wort. Er verweist darauf, daß die Arbeit an den Kanalisierungsanlagen bei der Bevölkerung nur wenig Anklang findet, man aber bedenken muß, daß nur ein gutes Kanalnetz das Leben in einer Großstadt ermöglicht. Auch die Arbeit in der Zentralwäscherei ist für die Bediensteten nicht leicht, und es ist zu hoffen, daß die Ausstattung mit modernen Maschinen ihnen die Arbeit weitgehend erleichtert.

Ein großes Problem bildet die Straßenreinigung. Im vergangenen Winter hat der "Koalitionspakt zwischen der Stadtverwaltung und Petrus" nicht ganz geklappt. Trotzdem ist die Stadt mit dieser Aufgabe halbwegs fertig geworden, nicht schlechter und nicht besser als viele andere Großstädte in Europa auch. Aber eines hat sich dabei gezeigt: daß eine gute Zusammenarbeit zwischen gewerblicher Wirtschaft und Stadtverwaltung hier wirklich eine Abhilfe bringen kann. Ein besonderes Problem bilden da noch die Stadtrandgebiete, und man müßte sich den Kopf auch darüber zerbrechen, wie man vor allem die Nebenstraßen besser bestreuen könnte.

Ein ungelöstes Problem ist nach wie vor jenes der parkenden Fahrzeuge. Hier sollten die besten Experten, aber auch Nichtfachleute weiter Überlegungen anstellen, wie Abhilfe zu schaffen ist. Bei der Reparatur von Straßen sollte man doch modernere Methoden anwenden, damit die Staubentwicklung, die für die Bewohner dieser Straßenzüge eine große Belästigung darstellt, geringer wird. Auch hinsichtlich der zeitweisen Verstopfung engerer Gassen durch die Müllabfuhrwagen sollte eine Lösung gefunden werden.

Zur Frage der Bäder und der neuen Tarife erklärt Dr. Ebert: Die Tarife wurden aus sozialen Gründen zwölf Jahre lang beibehalten. Niemand wird bestreiten, daß in dieser Zeit die Kosten erheblich gestiegen sind. Im letzten Jahr hatte die Gemeinde ein Defizit von 24 Millionen bei den städtischen Sommerbädern zu tragen, heuer wird es bei 28 Millionen liegen. Dafür muß schließlich und endlich wieder der Steuerzahler aufkommen. Die Tarifregulierung - oder, seien wir ehrlicher, die Preiserhöhung, denn es ist

die beste Methode, der Bevölkerung die reine Wahrheit zu sagen -, die neuen Preise wurden einvernehmlich festgelegt, wobei unsere Fraktion bemüht war, daß die Tarife nur dort erhöht wurden, wo es auch tragbar erschien. Vor allem wurde darauf geachtet, daß die Kinder nicht betroffen werden, und auch die Diskriminierung der Studenten konnte ausgeschaltet werden. Aber auch die privaten Sommerbäder und die Thermalbäder sind infolge der Sozialtarife - und es ist richtig, daß wir Sozialtarife haben - in eine schwere Situation gekommen. Es ist aber nicht damit gedient, wenn dann ein paar zusperren und die Kinder in ein weit entfernt liegendes Bad gehen müssen. Ihnen sollte man durch eine Kreditaktion, ähnlich jener für das Gastgewerbe, helfen.

GR. Hans Mayr (SPÖ) befaßt sich mit dem Problem der Wasserversorgung und erklärt: Es ist in gewissen Zeiten zu einer Knappheit in der Wasserversorgung gekommen, aber infolge der hektischen Wohnbautätigkeit - wie eine Zeitung es einmal genannt hat - steigt eben der Wasserverbrauch ständig. Sein ständiges Steigen ist aber auch ein gutes Zeichen für die Wirtschaftsentwicklung. Die Tatsache, daß der Wasserverbrauch in Wien 1945 98,1 Millionen Kubikmeter betrug und 1962 auf 161,5 Millionen Kubikmeter gestiegen ist, spiegelt deutlich die bedeutende Leistung der Wiener Wasserwerke wieder. Unseren Technikern von den Wasserwerken gebührt für die geleistete Arbeit unser Dank. Dabei darf nicht übersehen werden, daß Wasser nicht etwa wie ein Auto industriell erzeugt werden kann, sondern daß Wasser ein Bodenschatz ist, den wir in immer stärkerem Maße benötigen. Selbstverständlich spielt auch die Wasservergeudung eine Rolle. So wurde etwa in einem Inserat empfohlen, einen Truthahn zwei Stunden unter fließendem Wasser aufzutauen! Das wäre eine Wasservergeudung. Wir teilen das Mitgefühl von Präsidenten Mühlhauser für jene, die gezwungen sind, das Wasser in Kübeln zu holen. Wenn wir aber im Zuge der weiteren Assanierung gezwungen sein werden, alte Kaluppen niederzureißen, um dort neue Häuser bauen zu können, in denen auch die Wasserversorgung klaglos funktioniert, dann werden wir Herrn Präsidenten Mühlhauser bitten, sich an sein Mitgefühl zu erinnern und mit uns für die Enteignungsmaßnahmen einzutreten. (Beifall bei der SPÖ.)

Man soll die Frage der Wiener Wasserversorgung nicht von einem kleinlichen politischen Standpunkt aus sehen. Wenn etwa das "Volksblatt" schreibt, daß die Wasserwerke zu Sparmaßnahmen gezwungen sind, dann ist das richtig; wenn es aber im Schlußsatz wörtlich heißt: "Geradezu grotesk ist, daß vielfach Bezirken mit einer sozialistischen Mehrheit durch den Druckausgleich wieder mehr Wasser zugeführt werden soll", so kann man das wohl kaum noch als sachliche Kritik bezeichnen.

Anschließend stellt GR. Mayr im Zusammenhang mit einer Radio-rede von Landeshauptmann Figl mit Nachdruck fest, es liege uns fern, einen Wasserkrieg mit Niederösterreich zu beginnen. Wir sind an einer Lösung der Frage in sachlicher und ruhiger Atmosphäre interessiert. Es liegt uns auch fern, die berechtigten Wünsche der niederösterreichischen Gemeinden im Gebiet der Probebohrungen zu beeinträchtigen. Wir wünschen aber, daß die Wiener Wasserversorgung nicht zu einem politischen Handelsobjekt gemacht wird, und wir wünschen, daß auch unsere berechtigten Interessen voll und ganz anerkannt werden.

Zur Keimfreimachung des Wiener Wassers, sagt GR. Hans Mayr, daß die Qualität des Grundwassers keineswegs schlechter ist als jene des Hochquellenwassers. Im Gegenteil, die Filterung des Grundwassers gewährleistet oft sogar eine bessere Qualität. Trotzdem muß dem Wasser zur Keimfreimachung Chlor beigegeben werden. Die Menge dieser Chlorbeigabe (0.23 Milligramm pro Liter!) ist jedoch so gering, daß sie keinerlei gesundheitsschädigende Wirkung hat, sie reicht aber andererseits auch aus, um das Wasser tatsächlich keimfrei zu machen.

Mit großem propagandistischem Aufwand wurde in den letzten Wochen eine "Versilberung" des Wiener Wassers zur Keimfreimachung in den Vordergrund der Diskussionen gestellt. Dazu ist unter anderem zu sagen, daß ein anerkannter Wissenschaftler, Univ.-Prof. Dr. Schinzl, feststellte, es sei neu für ihn, daß durch eine Versilberung Bakterien getötet werden können. Vor allem aber muß gesagt werden, betont GR. Mayr, daß man einer Versilberung erst dann zustimmen kann, wenn die Wissenschaftler eindeutig versichern, daß damit keinerlei gesundheitliche Schädigungen verbunden sind.

GR. Maller (KLS) beschäftigt sich einleitend mit den Ratten und fordert, daß man diese Frage nicht bagatellisieren und nur von Erfolgen auf diesem Gebiet sprechen solle, wie es der Berichterstatter in seinem Brief an StR. Dr. Glück getan habe. Alle Diskussionsredner in der Debatte zur Geschäftsgruppe V (Gesundheitswesen) hätten festgestellt, daß Wien unter einer großen Rattenplage leide. Daher ist es notwendig, daß auch von der Geschäftsgruppe VIII, die ja für die Kanäle zuständig ist, einschneidende Maßnahmen ergriffen werden, um dieser Plage zu begegnen.

Zur Straßenreinigung meint GR. Maller, daß es unbedingt notwendig sei, die Mistabfuhr raschest zu modernisieren. Wir haben zwar jetzt eine moderne Müllverbrennungsanlage, aber die Methode der Misteinsammlung ist nach wie vor keineswegs modern. Hier müssen im Interesse aller geeignete Maßnahmen getroffen werden.

Wasserversorgung: Die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Trinkwasser wird von Jahr zu Jahr ein größeres Problem. Jetzt sind wir bereits so weit, daß die Versorgung ernstlich gefährdet ist, wenn nicht raschest wirksame Maßnahmen getroffen werden. Nicht das, was auf diesem Gebiet bereits geschehen ist, ist maßgebend, sondern einzig und allein der Effekt. Was aber hat sich seit der letzten Budgetdebatte auf diesem Gebiet im wesentlichen geändert? Weder hinsichtlich der Qualität, noch der Quantität ist eine Besserung in der Wasserversorgung eingetreten. Im Gegenteil, während früher die Wiener Bevölkerung nur in der heißen Jahreszeit von Wassermangel betroffen war, müssen jetzt schon fast das ganze Jahr über Sparmaßnahmen eingehalten werden.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß in Wien eine latente Wasserkrise herrscht und die Stadtverwaltung nicht in der Lage ist, eine ausreichende Wasserversorgung zu garantieren. Hier liegen arge Versäumnisse aus der Vergangenheit vor. GR. Maller stellt an den Berichterstatter die Frage, wann endlich eine ausreichende Wasserversorgung gewährleistet sein wird und auf welche tatsächlichen Schwierigkeiten man im Zusammenhang mit der Nutzbarmachung der Wasserreserven im Steinfeld stößt. Außerdem sollte man versuchen, andere Methoden zur Keimfreimachung des Wassers zu finden, um einen guten Geschmack des Wassers zu gewährleisten. Ferner: Man weiß zwar noch nicht, wann die dritte Wasserleitung fertig sein wird, man müßte sich aber schon jetzt mit dem Gedanken vertraut machen, daß auch eine vierte notwendig sein wird.

Auf dem Bädersektor fordert der Redner, die städtischen Sommerbäder abends länger offenzuhalten, damit auch die arbeitende Bevölkerung die Möglichkeit hat, nach Betriebsschluß ein Bad aufzusuchen. Wichtig wäre es auch, im städtischen Bad am Genochplatz im 22. Bezirk eine Sauna einzurichten. Beim Jörgerbad müßte man etwas gegen die starke Rauchentwicklung und die dadurch verursachte Luftverunreinigung unternehmen.

Der Redner kommt dann auf die geplante Erhöhung der Bäderpreise zu sprechen, der seine Fraktion keinesfalls zustimmen könne. Eine Erhöhung der Preise für den geschlossenen Bäderbetrieb trifft vor allem jene Bevölkerungskreise, die nicht die Annehmlichkeit genießen können, ein eigenes Bad zu besitzen, also die finanziell Schwächsten. Die Erhöhung der Preise der Sommerbäder wirke sich gleichfalls auf die ärmere Bevölkerungsschicht aus, da diese ihren Urlaub nicht an einem See oder am Meer verbringen kann, sondern in Wien bleibt und die städtischen Sommerbäder besucht. Die städtischen Sommerbäder verlieren durch eine derartige Preiserhöhung ihren sozialen Charakter. Als unverständlich bezeichnet es der Redner, daß diese Preiserhöhung im vorliegenden Vorschlag nicht berücksichtigt wurde. Man hat sogar die Erlöse aus den Bädern niedriger veranschlagt als in den vergangenen Jahren. Mit einer Budgetoffenheit hätte ein derartiges Verhalten also nichts mehr zu tun.

Die Stadt Wien müßte auch alles unternehmen, um die auf ihrem Gebiet liegenden Thermalquellen so rasch wie möglich zu erschließen und der Bevölkerung zugänglich zu machen. Er ersucht den Referenten um einen baldigen Bericht, was die Stadt Wien in dieser Hinsicht zu tun gedenkt.

Aus den angeführten Gründen könne, wie GR. Maller erklärt, die KLS-Fraktion den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen.

GR. Peter (FPÖ) stellt fest, daß es nicht für unseren Schilling spreche, wenn die Ansätze sowohl auf der Einnahmen-, wie auf der Ausgabenseite jährlich steigen. Diese Tatsache schafft jenen bedauerlichen Zustand der Unsicherheit.

In der heute zur Debatte stehenden Geschäftsgruppe ist das dringendste Problem die ausreichende Herbeischaffung von

Wasser. Leider sind wir in unserer Stadt bereits so weit, daß nicht nur während der Sommermonate Wassermangel herrscht, sondern fast schon das ganze Jahr über. Es ist selbstverständlich, daß die Wassermenge aus den beiden vorhandenen Hochquellenleitungen nicht mehr ausreicht um dem ständig steigenden Bedarf gerecht zu werden. Lange und oft wird nun schon von der Errichtung einer dritten Wasserleitung gesprochen. Mit Bedauern haben wir nun aber gehört, daß die Versuchsbohrungen bei Ebreichsdorf vorübergehend eingestellt wurden. Ein Grund für diese Einstellung wurde nicht genannt. Es müßte aber endlich auf diesem Sektor mit den nötigen Planungen, Versuchen und Projektierungen begonnen werden. Leider hat man bis jetzt dieser Notwendigkeit nicht Rechnung getragen, obwohl das Ansteigen des Wasserbedarfes seit Jahrzehnten festgestellt werden kann. Schwierigkeiten sind schließlich da, um überwunden zu werden. Wir sind nun in einer Situation, die gebieterisch augenblickliche Lösungen verlangt. Eine Möglichkeit größere Wassermengen zur Verfügung zu stellen, wäre, aus der Donau oder aus dem Donaukanal Wasser nutzbar zu machen. In anderen europäischen Städten ist die Aufbereitung von Flußwasser bereits häufig der Fall. Eine weitere Möglichkeit wäre für Industrie und Gewerbe ausreichend Nutzwasser zur Verfügung zu stellen und dadurch Trinkwasser zu sparen. In Wien hat es bereits gegen Ende des vorigen Jahrhunderts eine Nutzwasserleitung mit einem 80 Kilometer langen Rohrnetz gegeben.

Der Redner stellt fest, daß die Trennung des Nutz-, und Trinkwassernetzes nur deshalb so teuer wäre, weil man die einmal vorhanden gewesenen Anlagen habe verfallen lasse. Die Versuchsbohrungen hätten bisher noch wenig Ergebnis gezeitigt. Vor allem aber solle die Wasserversorgung von Wien kein Politikum sein. In diesem Zusammenhang bedauerte der Redner die Haltung einiger Funktionäre der Niederösterreichischen Landesregierung, die nach nicht dementierten Pressemeldungen wenig Entgegenkommen gegenüber der Wiener Wasserversorgung gezeigt haben.

Der Redner hofft, daß die Haltung des Landeshauptmannes Figl und der ÖVP-Fraktion des Wiener Gemeinderates in dieser Frage den Sieg über die einflußreichen Ökonomieräte des Niederösterreichischen Bauernbundes davontragen möchte. Denn Wien sei schließlich die Bundeshauptstadt von ganz Österreich.

Der Redner streift die Frage der Giftgasgranaten und der chemischen Zusätze zum Trinkwasser und weist auf die Notwendigkeit hin, in den Wasserschutzgebieten entsprechende Vorsichtsmaßnahmen zu treffen.

Zu den städtischen Bädern meint der Redner, daß der Frequenzrückgang ein erfreuliches Zeichen für die Zunahme des Wohnkomforts sei.

Unerfreulich seien dagegen die Preiserhöhungen.

Man müsse sich grund-

sätzlich gegen Preissteigerungen durch die öffentliche Hand aussprechen, die selber jene Preisdisziplin halten sollte, die sie von den Privaten erwartet. Von seinen früheren Anregungen zur Anlage kleinerer Bäder in bisher vernachlässigten Wohngebieten habe er nichts mehr gehört. Mancherorts gäbe es auch zu wenig Kinderfreibäder. Der Redner regte hier eine Lösung an, die in anderen Städten Europas bereits mit Erfolg angewendet werde: Kinderfreibäder in Form von Dachgärten, die keinen wertvollen Baugrund beanspruchen.

Zur Frage der Stadtreinigung meint GR. Peter, daß bei der Müllverbrennungsanlage auch die letzte Geruchsbelästigung noch beseitigt werden sollte. Trotz des Personalmangels in der Straßenreinigung sei es die Stadt Wien ihrem Ansehen schuldig, eine reine Stadt zu sein. Der Redner regt an, verschiedene technische Neuerungen, wie zum Beispiel einen Einmann-Wagen zur Müllabfuhr, auf ihre Verwendbarkeit zu prüfen.

Zum Schluß bedauerte der Redner, daß seine Fraktion den Budgetansätzen dieser Gruppe nicht zustimmen könne, weil die Stadtverwaltung nach ihrer Meinung nicht alles getan hätte, was die Wiener erwarteten, aber auch als Protest gegen die politischen Schwierigkeiten, die den Lösungen mancher Fragen entgegenstehen.

GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) beginnt seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß ein "elastischer Konsens" bezüglich der Rohrleitung in der Lobau und bezüglich des Rohrdurchmessers in Vorbereitung sei. Er habe bei den diesbezüglichen Verhandlungen nicht nur die Interessen der Wiener Handelskammer, sondern auch das Interesse der Wiener Bevölkerung nachdrücklichst vertreten.

Mit seinem Hinweis auf die Gelbkreuzgranaten habe der Redner den Ausgabenetat der Stadtverwaltung nicht unnütz belasten wollen. Man dürfe da ohne Sorge sein, denn der Wiener Finanzreferent sei einer der ausgezeichnetsten Finanzreferenten, die wir haben. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Jedenfalls habe der Hinweis des Redners zur Inangriffnahme der Gelbkreuz-Entseuchung geführt.

Bezüglich der Wasserversorgung streift der Redner die zahlreichen bereits getroffenen Vorkehrungen und die verschiedenen Möglichkeiten, die man dabei geprüft habe. Die Verkarstung von Rax und Schneeberg habe zu einem Rückgang der Kapazität der ersten Trinkwasserleitung geführt. Diese Verkarstung werde in Zukunft eher noch zunehmen.

Er freue sich, daß der Innenminister vor kurzem festgestellt hat, daß die Gelbkreuzgranaten ausgegraben und vernichtet werden müssen.

Lobau: Unangenehm sei die Nachbarschaft der Erdölfirmen, doch erlauben es die heutigen technischen Möglichkeiten, uns gegen die Gefahren einer Verseuchung zu schützen. Außerdem wissen wir alle ganz genau, daß es ohne Lobau keine Trinkwasserversorgung gibt.

Zur Frage der Kunststoffrohre bemerkt der Redner, daß man heute schon begehbare Rohre erzeugt, die man durchaus unter die Erde verlegen könne.

(Mit der Bemerkung "ein kleiner Schluck gechlorten Wassers" führt GR. DDr. Strunz das für die Redner bereitstehende Glas an die Lippen. Dies trägt ihn einen Zwischenruf von StR. Heller, SPÖ ein: Sie können es ja auch versilbern! (Heiterkeit.)

Für die Trink- und Badewasserdesinfektion zeige die Presse und auch die Bevölkerung großes Interesse, meint der Redner. Man sollte daher diese Dinge nicht im geheimen Kämmerlein abtun. Er selbst halte Ozon für das beste, weil es das einzige virenwirksame Mittel darstellt.

Der Redner zitiert in diesem Zusammenhang aus der Fachliteratur, daß trotz Chlorierung Typhusepidemien entstehen können. Auch gibt es Stämme von Kinderlähmungsviren, die gegen Chlor resistent geworden sind. Schließlich: Bei Ozon genügt eine Beigabe von 0.15 Milligramm pro Liter, während heute zur Chlorierung 0.23 Milligramm zugesetzt werden. (Stadtrat Heller: Der Vortrag gehört auf die Technische Hochschule!) Was die Silberpräparate betrifft, so ist es durchaus möglich, mit Silberlösungen Viren zu inaktivieren. Der Redner verweist darauf, daß es in St. Pölten eine solche Anlage gibt, die von der Wiener Universität ständig kontrolliert wird.

Zum Schluß spricht der Redner noch über Probleme der Abwässer. Abschließend erklärt DDR. Strunz, daß die ÖVP-Fraktion den Ansätzen dieser Gruppe zustimmen werde.

GR. Schreiner (SPÖ) meint, daß gerade diese Verwaltungsgruppe nicht zu den attraktivsten gehört, aber doch immer der Versuch unternommen wird, gewissermaßen die fehlenden Mengen Wassers bis auf die Spitzen des Donauturms zu peitschen. Dabei wurde der Donauturm nicht von der Gemeinde Wien gebaut. Aber selbst wenn er aus Gold gebaut worden wäre, könnte man mit dem Gegenwert das uns fehlende Wasser nicht besorgen, denn das ist keine Geldfrage. Man kann nicht immer so tun, als ob wir in den vergangenen Jahren nicht die größten Anstrengungen unternommen hätten, mehr Wasser für die Versorgung unserer Stadt herbeizuschaffen. Wenn der Vorredner sagte, er habe bei einer Verhandlung nicht nur die Interessen der Handelskammer, sondern auch jene der Stadt Wien vertreten. (GR. Strunz: Vor allem!), so ist das eine Selbstverständlichkeit; darauf haben wir nicht nur einen Eid geleistet, sondern das ist unsere eigentliche Aufgabe.

Der Wasserpreis wird bei uns bewußt sehr niedrig gehalten. Dieser niedere Preis ist ein Unikum. Aber er verleitet vielleicht doch zu einer etwas geringschätzigen Verwendung des Wassers. Hier könnte die Presse helfen, damit das gute Wiener Trinkwasser von der Bevölkerung etwas mehr geschätzt wird. Dann würde die Wasserknappheit vielleicht gar nicht eintreten.

Diese Geschäftsgruppe ist nicht sehr attraktiv, sie verrichtet Arbeiten, über die man kaum spricht, über die man nur

schimpft, wenn einmal etwas nicht funktioniert. Darum soll man einmal klar aussprechen, daß die verantwortungsvollen Beamten und der zuständige Stadtrat alles, wirklich alles unternehmen, um dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Ist es der Bevölkerung bekannt, daß für die Winterreinigung ein richtiger Generalstabsplan existiert, daß von den Beamten, von den Offizieren dieser Abteilung bis zu den Infanteristen, den Straßenpflegern, Chauffeuren und Mechanikern, alles einsatzbereit ist? Wer weiß schon, daß der Müll in Volumen immer größer und im Gewicht immer kleiner wird, daß eine Automatik an den Müllwagen eingebaut wurde? Wenn in den nächsten Wochen die Müllverbrennungsanlage in Aktion treten wird, wird das eine wesentliche Erleichterung bringen.

Der Redner schließt mit der Bitte an Vizebürgermeister Slavik, wenn möglich auch im nächsten Jahr dieser Geschäftsgruppe wieder Zuschußkredite für die Kanalisation, die Wasserversorgung usw. zur Verfügung zu stellen. Er erklärt: Es wurde uns die Beruhigung gegeben, daß die Wiener Gemeindeverwaltung auf diesem Gebiet der Gesundheitsfürsorge alles unternimmt, um das Leben in dieser Stadt schöner zu gestalten! (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

In seinem Schlußwort richtet Stadtrat Koci an den Gemeinderat Peter die Frage, was er wohl gesagt hätte, wenn die geplante Tarifierhöhung für die Bäder im Voranschlag bereits berücksichtigt gewesen wäre, obwohl der Gemeinderat ihr noch gar nicht zugestimmt hat. Dem Wunsch, Kinderfreibäder auf Dachgärten zu errichten, wird nicht entsprochen werden, weil man für unsere Kinderfreibäder noch immer Plätze finden wird, ohne das große Risiko, das ein Dach-Kinderfreibad mit sich bringt, eingehen zu müssen.

Die Errichtung von kleinen Bädern in den Innenbezirken ist nicht möglich, da der hierfür notwendige Platz einfach nicht gefunden werden kann. Eine Nutzwasserleitung, von der gesprochen wurde, hat es nie gegeben.

Von einer Geruchsbelästigung durch die neue Müllverbrennungsanlage sei ihm nichts bekannt.

Im Jänner werde man bei einer Besichtigung Gelegenheit haben, sich davon zu überzeugen, daß in dieser Anlage so etwas gar nicht möglich ist, da die Müllbunker hermetisch abgeschlossen sind.

Sowohl bei der Müllabfuhr als auch in allen anderen Bereichen seines Ressorts werde von den Fachleuten immer wieder geprüft, was das Beste und Modernste auf jedem Gebiet ist. Und das Beste und Modernste werde auch überall eingesetzt. Ebenso sei man bei der Glatteisbekämpfung bemüht, immer wieder neue Methoden zu finden.

Zur Frage Ratten versichert Stadtrat Koci, er wisse, daß wir große Sorgen damit haben. In seinem Brief an Stadtrat Dr. Glück habe er nur darlegen wollen, daß die für das Kanalnetz zuständige Abteilung ihren Verpflichtungen auf diesem Gebiet durchaus nachkomme. Wie schon gesagt, sind die Gaspatronen ein wirksames Bekämpfungsmittel in den öffentlichen Kanälen. In den Hauskanälen kann diese Methode jedoch nicht angewendet werden, weil man dadurch Menschen gefährden würde.

Die größten Schwierigkeiten bei der Müllabholung ergeben sich durch den großen Fahrzeugverkehr und vor allem durch die zahlreichen parkenden Autos. Trotzdem sind alle Müllabholer stets bemüht, ihre Arbeit so rasch wie möglich zu tun.

Wasserversorgung: Da zu meint Stadtrat Koci, es sei leider notwendig, fast das ganze Jahr hindurch mit Wasser zu sparen. Er würde sich aber auch wünschen, daß die Wiener diese Forderung ernst nehmen und wirklich dort sparen, wo es sich machen läßt, wie zum Beispiel bei rinnenden sanitären Anlagen, bei denen man nur die Dichtungen richten lassen müßte.

Im Zusammenhang mit der geforderten Versilberung des Wassers sagt der Stadtrat, daß wir das Wasser chlorieren müssen, weil es die Gesundheitsbehörden so verlangen. Vergleiche mit Orten wie St. Pölten, wo eine Versilberungsanlage errichtet wurde, können nicht gezogen werden, da sich der dortige geringe Wasseranfall keineswegs mit jenem in Wien vergleichen läßt. Ähnlich ist es mit der verlangten Ozonisierung des Wassers. Aus Salzburg zum Beispiel habe er gehört, daß man mit einer dort errichteten kostspieligen Ozonisierungsanlage anscheinend nicht

sehr zufrieden sei, da sie nicht immer funktionieren dürfte. Im Zusammenhang mit diesen Fragen müsse er im übrigen feststellen, daß GR. Strunz, der immer wieder eine Verbesserung der Wasserqualität verlange, dies stets so tue, als handle er nur im Interesse der Gemeinde Wien. Es scheine aber, als ob gerade das Gegenteil der Fall wäre. Das Wiener Wasser ist in der ganzen Welt als qualitativ hervorragendes Wasser bekannt. GR. Strunz aber stelle alles so dar, als ob es das schlechteste Wasser wäre.

Mit den Untersuchungen in der Lobau ist man schon so weit, daß kein Zweifel daran besteht, daß die Oberste Wasserrechtsbehörde grundsätzlich die Entnahme genehmigen wird. Allerdings weiß man noch nicht in welcher Menge. Mit den diesbezüglichen Arbeiten wird man aber sofort beginnen können, da die Vorbereitungen schon seit langem im Gange sind.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des achten Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Der Vorsitzende GR. Mühlhauser unterbricht die Sitzung.

Die Beratungen werden am Montag, dem 16. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe IX (Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen) fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Franz Glaserer (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

In den Schulen wird die Zukunft unserer Jugend vorbereitet!

=====

Bgm. Jonas legte Grundstein zu Hauptschulgebäude in Simmering

14. Dezember (RK) Der große und schön gelegene Enkplatz entwickelt sich immer mehr zu einem Zentrum des 11. Bezirkes. Das Areal, auf dem Bürgermeister Jonas heute vormittag den Grundstein zu einem Hauptschulgebäude der Stadt Wien legte, befindet sich an der Geiselbergstraße, Lorystraße, Drischützgasse, hinter der Kirche. In unmittelbarer Nähe befindet sich das Magistratische Bezirksamt, die Feuerwache Simmering und das Bezirkspolizeikommissariat. Ebenso grenzt dieser Platz an den Markt und an den städtischen Kindergarten in der Sedlitzkygasse.

Hunderte Menschen und Schulkinder erwarteten bei kaltem Wetter aber strahlendem Sonnenschein Bürgermeister Jonas, der mit Vizebürgermeister Mandl, Stadtrat Heller, dem Amtsführenden Präsidenten des Stadtschulrates NR. Dr. Neugebauer und leitenden Beamten des Magistrates und des Stadtschulrates erschienen war.

Bezirksvorsteher Haas begrüßte die Festgäste und dankte der Stadtverwaltung für das schöne große Werk in der City von Simmering.

Bürgermeister Jonas erklärte, daß in diesem Jahr bereits der zweite Grundstein zu einem großen Schulgebäude der Gemeinde Wien gelegt wird. Im Sommer 1963 war es der Grundstein für den größten städtischen Schulneubau seit 1945, für das 3. Zentralberufsschulgebäude in Meidling. Heute ist es der Grundstein für das größte städtische Hauptschulgebäude seit 1945. Diese Neuschöpfung der Wiener Stadtverwaltung wird nicht weniger als 43 Millionen Schilling kosten. Die Wiener Steuerzahler mögen davon überzeugt sein, daß die Gemeinde stets bemüht ist, das Geld gut anzulegen. Schulbauten gehören zu den wichtigsten Investitionen im Hinblick auf die Zukunft. Die Österreicher machen sich mit Recht Sorgen darüber, wie unser kleiner Staat in der großen Welt bestehen kann, wie er konkurrieren kann mit den großen und reichen Ländern. Bei allen diesen Überlegungen darf man nicht vergessen, daß die Zukunft unseres Staates in den Schulen vorbereitet wird. In den Pflichtschulen, in den höheren Lehranstalten und in den Hochschulen entscheidet sich die Zukunft unserer Jugend.

Für den Bau der großen Hauptschule in Simmering steht glücklicherweise ein schöner Platz zur Verfügung. Das Gebäude wird ein Schmuckstück werden zur Freude der Eltern und der Kinder.

An die Arbeiter und Angestellten, die an dem neuen Haus mitarbeiten, appellierte der Bürgermeister, in diesem Fall keine Routinearbeit zu sehen, sondern zu bedenken, daß das Haus für besondere Zwecke geschaffen wird. Sie mögen ihre ganze Liebe und ihr gesamtes Können in das Werk hineinlegen. Wenn sie mit ihrer Arbeit zu Ende sind, wird die Arbeit an der Zukunft unserer Jugend beginnen. Die Lehrer forderte er auf, das neue Haus mit dem Geiste der neuen Schulgesetze und ihrem gesamten Wissen zu erfüllen.

Vizebürgermeister Mandl stellte fest, daß es sich um den 44. Schulneubau der Gemeinde Wien seit 1945 handelt. Zwei Gründe waren es, die die Schulverwaltung veranlaßte, hier ein neues Gebäude zu errichten: die starke Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien in diesem Gebiet und der schlechte Zustand des alten Schulgebäudes, das bis vor kurzem noch auf dem Enkplatz stand. Allein im 11. Bezirk sind zwischen 1945 und 1960 mehr als 3.000 Gemeindewohnungen errichtet worden, weitere Anlagen mit fast 1.000 Wohnungen sind im Bau. Die Bevölkerung Simmerings hat sich zwischen 1951 und 1961 um 5.000 Einwohner vermehrt. Die Zahl der Lebendgeborenen ist von 388 im Jahre 1952 auf 640 im Jahre 1962 gestiegen. Familien mit Klein- und Schulkindern sind zugesiedelt, zahlreiche weitere werden noch dazukommen. In Zukunft ist also mit erhöhten Schülerzahlen zu rechnen.

Auf dem Platz, an dem hier ein neuer Schulbau errichtet wird, hat bereits im Jahre 1871 die damalige Vorstadtgemeinde Simmering unter ihrem Bürgermeister Gey eine Schule errichtet, eben jene, die jetzt demoliert worden ist, um durch einen neuen, modernen Bau ersetzt zu werden. Natürlich wurde lange vorher gewissenhaft geprüft, ob nicht, über die im Jahre 1954 durchgeführte Instandsetzung hinausgehend, die Modernisierung des alten Hauses möglich ist. Aber der schlechte Bauzustand, die Schwierigkeiten, die sich dem Einbau einer Zentralheizung entgegenstellten und ebenso die Verlegung der Garderoben aus den Klassenzimmern in die zu schmalen Gänge, die mangelhafte Kanalisation, die nordseitige Lage vieler Klassenzimmer, von denen mehrere nur Fenster an den Stirnseiten hatten und schließlich das Fehlen wichtiger Arbeitsräume, wie

Schulküche und Zeichensaal, ließen es hier wie in manchen ähnlichen Fällen als nicht vertretbar erscheinen, unter Aufwendung von namhaften Mitteln eine Modernisierung durchzuführen, die faktisch die ärgsten Mängel nicht hätte beseitigen können. So entschloß sich die Stadtverwaltung zu einem Schulneubau. Er wird in architektonisch klarer und übersichtlicher Gliederung zwei Hauptschultrakte mit je zwölf Klassenzimmern, einen Zeichensaal, einen Physiksaal, ein Musikzimmer, eine Kanzlei und ein Lehrerzimmer umfassen. Im Knabentrakt sind zwei Knabenhandarbeitsräume, weiter aber auch vollkommen separierte Räume für die Volkshochschule Simmering und für einen Jugendklub vorgesehen, im Mädchentrakt zwei Mädchenhandarbeitszimmer, eine Schulküche mit allen Nebenräumen und ein Arztzimmer und selbstverständlich in beiden Trakten alle erforderlichen Lehrmittel- und Materialräume sowie die Schulkwartwohnungen und ein Fahrradabstellraum. Die beiden Trakte sind niteinander durch eine große Pausenhalle verbunden, die auch als Festsaal verwendet werden kann.

Zwei Turnsäle mit je zwölf mal 24 Meter Grundfläche, mit Wechselgarderoben, Geräte-, Dusch- und Trockenräumen, ein Pausenhof und ein Spielplatz vervollständigen die Anlage. Die verfügbare Fläche hat zirka 9.490 Quadratmeter, von denen rund 3.955 Quadratmeter verbaut werden. Die Gesamtkosten einschließlich der Kosten für den Abbruch des alten Schulhauses werden voraussichtlich rund 43. Millionen Schilling betragen. Die Pläne für den Neubau, der mit einer ölgefeuerten Zentralheizungsanlage ausgestattet wird, haben die Architekten Ing. Schinzel, Czapka und Dipl.-Ing. Dr. techn. Schwarzacher in engster Zusammenarbeit mit dem Stadtbauamt, der städtischen Schulverwaltung und dem Stadtschulrat für Wien entworfen.

Es ist kein Zufall, daß mit der Errichtung dieses Neubaues gerade im Jahre 1963 begonnen worden ist. Derzeit hat die Schülerzahl der städtischen Schulen im 11. Bezirk ihren niedrigsten Stand erreicht. Man konnte daher jetzt und nur jetzt nach einer kurzen Zeitspanne des durch die gleichzeitige Modernisierung der Volksschule Simoningplatz bedingten Wechselunterrichts der Hauptschulen Enkplatz ihre Klassen in den jetzt noch vorhandenen Schulraumreserven unterbringen und ist so in der Lage, trotz Demolierung des alten Hauses den Unterricht in allen Schulen des Bezirks ohne weitere Störungen durchzuführen. Wenn das neue Haus fertig sein wird, werden diese Raumreserven für den zahlenmäßig starken Schülernachwuchs verfügbar sein und wird als letztes Haus im 11. Bezirk das Schulgebäude Braunhubergasse modernisiert werden können.

Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller verlas den Text der Grundstein-Urkunde.

Bürgermeister Jonas vollführte sodann die traditionellen Hammer schläge und besichtigte hierauf das ausgestellte Modell der neuen Schule.